

GroKo bremst Steuerzahler aus Koalitionsvertrag ist große Enttäuschung für die Steuerzahler:

Union und SPD können finanziell aus dem Vollen schöpfen, denn die staatlichen Kassen sind so gut gefüllt wie nie zuvor. Die Steuereinnahmen des Staates steigen von 735 Milliarden Euro (2017) auf voraussichtlich 858 Milliarden Euro (2021). Genügend finanziellen Spielraum hätten die Koalitionäre, um notwendige Strukturreformen anzugehen. Doch statt die Bürger und Betriebe spürbar zu entlasten, werden teure Ausgabenprogramme aufgelegt und der Schuldenabbau ad Acta gelegt.

So lautet das ernüchternde Fazit des Koalitionsvertrages: Mindestens 35 Milliarden Euro an Mehrausgaben stehen nur 10 Milliarden Steuerentlastung und Null Euro Schuldentilgung gegenüber!

Besonders bitter ist, dass sich die Parteien damit weit von ihren Wahlprogrammen entfernt haben. So hatten Union und SPD im Wahlkampf versprochen, vor allem kleine und mittlere Einkommen zu entlasten. Stattdessen erhalten die Wähler einen Koalitionsvertrag der vor Mehrausgaben platzt und bei dem noch nicht absehbar ist, ob die Schwarze Null zu halten ist.

Für den Bund der Steuerzahler steht fest: Mit diesem Koalitionsvertrag ist die Zukunft des Landes nicht zu gestalten. Wichtige Reformen bleiben aus, Bürger werden weiter über Gebühr belastet, Betrieben werden die Rahmenbedingungen, um wettbewerbsfähig zu bleiben, erschwert, und zahlreiche Mehrausgaben gefährden die Schwarze Null des Bundeshaushaltes. Die **12 größten Versäumnisse des Koalitionsvertrages** listet der Bund der Steuerzahler im Folgenden auf:

- **Soli-Abbau kommt zu spät:** Der Solidaritätszuschlag soll ab dem Jahr 2021 für 90 Prozent der Soli-Zahler entfallen. Lediglich 10 Milliarden Euro will die GroKo dafür ausgeben – wenn überhaupt. Mehr als ein Bonbon ist das aber nicht, denn der vorgesehene Abbau kommt nicht für alle und auch viel zu spät. Die Politik hatte die Ergänzungsabgabe stets mit den Aufbauhilfen für die neuen Bundesländer verknüpft, die bereits 2019 enden. Das Fortführen des Solis über diesen Zeitpunkt hinaus entspricht schlichtweg nicht dem, was die Politik Bürgern und Unternehmern stets versprochen hatte. So sichert sich die Politik allein für die Jahre 2018 bis 2021 weitere Einnahmen aus der Ergänzungsabgabe von rund 80 Milliarden Euro, wovon sie plant, die genannten 10 Milliarden zurückzugeben. Ob der Abbau dann tatsächlich kommt, steht in den Sternen, denn besonders prioritär scheint die Maßnahme für die Koalition nicht zu sein, wenn sie derart auf die lange Bank geschoben wird. Der Bund der Steuerzahler bleibt dabei: Der Soli darf spätestens ab dem Jahr 2020 nicht mehr erhoben werden – und zwar von keinem Steuerzahler mehr. Dafür werden wir uns weiterhin vor dem Bundesverfassungsgericht einsetzen.

- **Geringverdiener werden bei Sozial-Beiträgen geprellt:** Da vor allem kleine und mittlere Einkommen überproportional unter der hohen Beitragsbelastung für die gesetzliche Sozialversicherung leiden, hat sich der BdSt vehement für eine Absenkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 3 auf 2,5 Prozent eingesetzt. Die GroKo lässt jedoch nur eine geringe Entlastung zu – durch Senkung des Beitrags auf lediglich 2,7 Prozent. Diese Entscheidung ist halbherzig und wird die Beitragszahler weiterhin über Gebühr strapazieren. Denn eine Beitragssatzsenkung auf 2,5 Prozent würde der Arbeitslosenversicherung aufgrund der weiterhin robusten Arbeitsmarktlage jährlich Überschüsse garantieren und zugleich die Versicherten – Arbeitnehmer und Arbeitgeber – pro Jahr um bis zu 5,5 Milliarden Euro entlasten. Es wäre eine Win-Win-Situation für alle. Die GroKo verfolgt indes starr ihre jahrelang praktizierte Politik weiter, den Beitragszahlern viel zu viel Geld abzuknöpfen, als zur Finanzierung sämtlicher Versicherungs-Leistungen objektiv nötig ist. Das wird der BdSt nicht gelten lassen und weiterhin eine Absenkung des Arbeitslosenbeitrags auf 2,5 Prozent einfordern.
- **Steuerreform fällt aus:** Der Koalitionsvertrag ist lang, interessant ist aber, was nicht darin steht. Eine grundlegende Reform des Einkommensteuertarifs oder der Unternehmensteuern ist nicht im Vertrag enthalten. Obwohl Union und SPD im Wahlkampf damit geworben hatten, die Steuersätze für Bürger zu überarbeiten und insbesondere den Spitzensteuersatz erst bei höheren Einkommen anzuwenden, hat es dieses wichtige Wahlkampfversprechen nicht in die Vereinbarung geschafft. Aktuell greift der Spitzensteuersatz von 42 Prozent bei einem zu versteuernden Jahreseinkommen von knapp 55.000 Euro. Damit zahlen heute schon Fachkräfte den Spitzensteuersatz. Der Spitzensteuersatz trifft also längst nicht nur Spitzenverdiener, sondern immer größere Teile der Mittelschicht. Zahlten im Jahr 2010 noch rund 2 Millionen Personen den Spitzensteuersatz, werden es im Jahr 2021 mehr als 5 Millionen sein. Bei der Besteuerung bleibt daher die Fairness immer mehr auf der Strecke: Höhere Löhne lohnen sich für den Bürger kaum, während der Fiskus ordentlich profitiert. Ein Beispiel ist der jüngste Tarifabschluss der Metaller: 4,3 Prozent mehr Lohn soll es geben. Bei einem Monatsbrutto von 3.500 Euro sind dies 150 Euro, wovon jedoch nur 75 Euro im Portemonnaie des Arbeitnehmers ankommen. Die gut 4 Prozent mehr Gehalt führen zu rund 8 Prozent mehr Steuern. Nach Steuern und Abgaben kommt nur die Hälfte beim Arbeitnehmer an. Das nimmt die GroKo hin, wenn sie sich nicht an eine Reform des Einkommensteuertarifs macht. Aus Sicht des Steuerzahlerbundes dürfte der Spitzensteuersatz erst bei einem zu versteuernden Einkommen ab 80.000 Euro greifen. Darüber hinaus sollte auch der Mittelstandsbauch abgeflacht werden, der besonders die kleinen und mittleren Einkommen belastet.
- **GroKo bleibt bei kalter Progression unverbindlich:** In knappen Zügen wird die kalte Progression im Koalitionsvertrag angesprochen. Man wolle dazu alle zwei Jahre einen Bericht vorlegen und den Steuertarif entsprechend anpassen. Wieviel Geld CSU, CDU und SPD dafür einsetzen wollen, ist nicht vermerkt. Auch dies legt nahe, dass die Koalitionäre kein gesteigertes Interesse haben, diesen Effekt wirklich abzuschaffen. Er entsteht, weil die Steuersätze nicht im ausreichenden Maße an Inflation und Gehaltssteigerungen angepasst werden und man damit bei jeder Einkommenssteigerung höher besteuert wird, obwohl nur die allgemeine Teuerung ausgeglichen wird. Der Bund der Steuerzahler hatte bereits in der abgelaufenen Legislaturperiode dafür geworben, den Steuertarif auf Räder zu stellen. Dies ist bereits in vielen europäischen Nachbarländern der Fall und stellt sicher, dass die Einkommensteuersätze regelmäßig automatisch angepasst werden.

- **Die Zukunft Europas ist nicht allein mit Geld zu retten:** Um die teils großen politischen und wirtschaftlichen Gräben innerhalb des Hauses Europa zu glätten, greift die GroKo zu ihrem Lieblingsmittel – massenhaft Steuergeld! Doch nur mit Geld sind die zunehmenden Probleme Europas nicht zu heilen. Zur Neu-Belebung der Europäischen Idee ist vor allem eine inhaltliche Werte- und Orientierungsdebatte innerhalb der EU nötig. Pläne der GroKo, das EU-Budget trotz großer finanzieller Lücken durch den Brexit auszuweiten und an den starren, überkommenden Ausgabenstrukturen mit Schwerpunkt Subventionspolitik festzuhalten, kaschieren bestenfalls diese Reform-Nöte, ersetzen aber keine grundlegende Debatte über die Verfasstheit der Europäischen Union.
Ebenso muss das finanzstarke Deutschland weiterhin für politische Fehlentscheidungen einzelner EU- und Euro-Staaten in der Vergangenheit haften. Die Politik der Risiko-Vergemeinschaftung will die GroKo deutlich beschleunigen, indem sie auf europäischer Ebene neue Transfer-Budgets für klamme EU- und Euro-Staaten einführen, den Rettungsschirm ESM zu einem interventionistischen Europäischen Währungsfonds ausbauen will und den Einstieg in eine europäische Arbeitslosenversicherung vorbereitet. Die Einheit von Risiko und Haftung für politisches Handeln wird auf diese Weise weiterhin verletzt, die GroKo sucht das Heil Europas in einer kollektivistischen Verantwortungslosigkeit. Der BdSt wird darauf drängen, dass sowohl innerhalb der EU als auch der Euro-Zone eine finanzielle Solidarität mit Augenmaß praktiziert wird, ohne dass einzelne Staaten, wie Deutschland, dauerhafte Einbahnstraßen-Transfers für reformunwillige Mitglieder bezahlen müssen. Das Grundprinzip der Europäischen Union als auch der Währungsunion – nämlich die Maxime der Subsidiarität – muss wiederbelebt werden.
- **Sparern geht es ans Geld:** Für Sparer wird es teurer und vor allem bürokratischer. Die Abgeltungsteuer soll für Zinsen abgeschafft werden, sodass Kapitalerträge wieder mit dem persönlichen Steuersatz belastet werden. Wie dies konkret erfolgen soll, bleibt im Koalitionsvertrag allerdings offen. Vor allem für diejenigen, die sich bisher nicht um die Steuern kümmern mussten, weil die Bank die 25 Prozent Abgeltungsteuer, zuzüglich Soli und ggf. Kirchensteuer, automatisch abführte, wird nun womöglich wieder eine Steuererklärung fällig. Mehrbelastet werden bereits Sparer mit geringen Einkünften, etwa aus einer Rente. Denn ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von rund 16.000 Euro müssen Sparer womöglich mehr Steuern zahlen, wenn sie den Sparer-Pauschbetrag ausgereizt haben. Das Versprechen der Koalitionäre, dass sich die Steuerbelastung der Bürger nicht erhöhen soll, steht damit auf tönernen Füßen. Wir als Bund der Steuerzahler stehen klar für weniger Bürokratie und lehnen eine höhere und aufwändigere Besteuerung der Sparer ab. Schließlich sparen viele für die Altersvorsorge und nicht für das Finanzamt!
- **Wohnen muss bezahlbar bleiben:** Einen großen Anteil am teuren Wohnen hat auch der Gesetzgeber, der das Wohnen über die Grundsteuer oder die Grunderwerbsteuer deutlich verteuert. Es ist zu erwarten, dass in Kürze die bisherige Grundstücksbewertung für die Grundsteuer für verfassungswidrig erklärt wird und für rund 35 Millionen Grundstücke eine neue Rechtsgrundlage geschaffen werden muss. Das will die GroKo offenbar zum Anlass nehmen, direkt eine dritte Steuervariante für die Grundsteuer einzuführen. Neben der Grundsteuer A für Land- und Forstwirtschaft, der Grundsteuer B für bebaute und unbebaute Grundstücke soll es eine neue Grundsteuer C für Bauland geben, das nicht bebaut wird. Diese Idee gab es bereits in den 1960er Jahren für zwei Jahre. Da sie aber weniger als 4 Prozent zum Grundsteueraufkommen beitrug, schaffte man die Zusatzsteuer schnell wieder ab. Kurzum: Mehr Bauland entsteht durch eine neue Steuer nicht, sie bestraft vor

allem Eigentümer, die zwar ein baureifes Grundstück haben, dieses aber vielleicht aus finanziellen Gründen noch nicht bebauen können oder für eine spätere Bebauung durch die Kinder zurückhalten.

- **Keine Ambitionen beim Altschulden-Abbau:** Obwohl die GroKo in den Jahren 2018-2021 über Rekord-Einnahmen in Höhe von mindestens 1.400 Milliarden Euro verfügt, findet sich mit keiner Zeile der politische Wille wieder, den hohen Schuldenberg des Bundes in Höhe von knapp 1.100 Milliarden Euro schrittweise abzutragen. Damit hinken Union und SPD der Politik vieler Bundesländer hinterher, die in 2018 mehrheitlich Schulden-Tilgungen in ihren jeweiligen Haushaltsgesetzen verankert haben. Dieses politisch wichtige Signal verkennt die GroKo völlig, denn sie nutzt die Rekord-Einnahmen ausschließlich für neue Ausgabenprogramme in Milliardenhöhe. Diese kurzfristige Politik kann sich schnell rächen, wenn das Zinsniveau wieder anziehen sollte. Allein ein Anstieg des Zinsniveaus um lediglich einen Prozentpunkt führt zwangsweise zu Mehrbelastungen im Bundeshaushalt von mehr als 10 Milliarden Euro – pro Jahr! Daher ist ein Schuldenabbau in wirtschaftlich guten Zeiten immer eine Investition in die Zukunft, um sich künftige finanzielle Spielräume zu bewahren. Auf diese dringende Notwendigkeit hat der BdSt den Haushaltsausschuss des Bundestags bereits Anfang des Jahres hingewiesen. Als Haushaltsgesetzgeber liegt es in der Hand des Bundestags, vor allem des Haushaltsausschusses, der Regierung verpflichtende Altschulden-Tilgungen gesetzlich vorzuschreiben.
- **Ausgabenpolitik – eine nach oben hin offene Rechnung für die Steuerzahler:** Nahezu alle Seiten des Koalitionsvertrages sind durch einen massiven Aufbau neuer Subventionen und Förderprogramme quer durch alle Ressorts gekennzeichnet (Baukindergeld, Games-Wirtschaft, steuerliche Forschungsförderung, etliche neue Fonds etc.), ohne dass an irgendeiner Stelle Einsparungen im Bundeshaushalt erwähnt werden. Selbst bestehende Subventionstöpfe, die eigentlich zeitlich limitiert sind, werden entfristet und zudem noch aufgestockt (E-Mobilität, Filmförderung, Einbruchschutz etc.). Die neuerliche Subventions- und Förderlawine der GroKo steht in krassem Widerspruch zu den subventionspolitischen Leitlinien des Bundes, die durch strenge Kriterien ein unkontrolliertes Ausufer von Subventionen verhindern sollen. Diese Leitlinien werden grob missachtet, die Spendierfreudigkeit der GroKo für bestimmte Klientel-Gruppen zu Lasten der steuerzahlenden Allgemeinheit kennt keine Grenzen.
Vor diesem Hintergrund ist auch das im Koalitionsvertrag enthaltene Finanztableau Makulatur, denn es umfasst nur einen Bruchteil der Kosten, die die neuen Wohlfühlprogramme verursachen werden. Der Steuerzahlerbund hat die Bundestagsabgeordneten als Haushaltsgesetzgeber bereits während der Koalitionsverhandlungen auf die anstehende Subventions-Flut der GroKo hingewiesen und dazu aufgefordert, der überdimensionierten Spendierfreudigkeit der Bundesregierung einen Riegel vorzuschieben. Der BdSt selbst wird die Subventionspolitik der GroKo äußerst kritisch begleiten und auf deutliche Einsparungen drängen.
- **Teure und ineffiziente Energiewende:** Die hohe Kostenbelastung der Steuerzahler und Verbraucher durch die Energiewende wird nicht konsequent angegangen. Der Wille zur grundlegenden Reform der Förderung der Erneuerbaren Energien ist nicht erkennbar. Auch eine Senkung der Stromsteuer oder der Mehrwertsteuer auf den Stromverbrauch ist nicht vorgesehen. Die überfällige Entlastung der Steuerzahler und Stromverbraucher fällt aus. Stattdessen sollen teure steuerfinanzierte Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende fortgeführt werden, obwohl diese zum Teil kleinteilig und ineffizient sind (bspw.

CO₂-Gebäudesanierung oder Maßnahmen aus der Nationalen Klimaschutzinitiative). Darüber hinaus drohen neue Belastungen für den Steuerzahler – zum Beispiel durch einen geplanten steuerfinanzierten Fonds für Strukturwandel in ehemaligen Braunkohleregionen. Die GroKo wird die wesentlichen Probleme der Energiewende – hohe Kosten bei gleichzeitiger Verfehlung der Ziele zur Senkung der Treibhausgasemissionen – so nicht lösen können. Der Bund der Steuerzahler fordert eine Neuausrichtung der Energiewende. Dabei muss stärker als bisher die Kosteneffizienz im Mittelpunkt stehen. Nur so kann die Energiewende gelingen und Bürger und Betriebe können – insbesondere beim Strompreis – entlastet werden.

- **Föderalismus wird ausgehöhlt:** Die im Grundgesetz manifestierte föderale Aufteilung der Aufgaben- und Finanzierungsverantwortung zwischen den Gebietskörperschaften wird von der GroKo weiter ausgehöhlt. Die überdimensionierte Transferpolitik des Bundes in Richtung Länder und Kommunen wird abermals ausgeweitet. Zugleich zieht der Bund immer mehr originäre Länderkompetenzen an sich. Diese Tendenz geht deutlich in Richtung Zentralstaat, wodurch die föderalen Strukturen Deutschlands zunehmend obsolet werden. Statt sich an die Leitlinien des Grundgesetzes zu halten, soll das Grundgesetz abermals durch Änderungen gefügig gemacht werden. Wenn die GroKo aber weiterhin massiv in Länderkompetenzen eingreifen will, ist nach BdSt-Ansicht eine neue Föderalismuskommission erforderlich, die alle politischen und gesellschaftlichen Akteure einbindet. Das Grundgesetz ist keine Spielwiese, auf der sich Union und SPD alleinig austoben können!
- **Rentenpolitik zu Lasten der Mehrheit:** Trotz des demographischen Wandels will die GroKo erneut die Leistungen in der Rente deutlich ausdehnen. Bereits mit der abschlagsfreien Rente mit 63, der ersten Stufe der Mütterrente sowie die Ost-West-Rentangleichung haben Union und SPD vor wenigen Jahren dauerhafte Milliarden-Belastungen für Steuer- und Beitragszahler auf den Weg gebracht. Nun sollen weitere Mehrbelastungen folgen, indem das demografisch bedingte Absinken des Rentenniveaus gestoppt wird und der korrespondierende Beitragssatz nicht übermäßig steigen soll. Diese teure Intervention wird durch Steuermittel aus dem Bundeshaushalt finanziert. Ferner soll etwa die Mütterrente für vor 1992 geborene Kinder durch die Gewährung eines 3. Entgeltpunkts weiter aufgestockt werden – eine abermalige Kostenlawine für die gesetzliche Rentenkasse von knapp 4 Mrd. Euro pro Jahr. Und auch die beabsichtigte steuerfinanzierte Grundrente wird deutliche Ausgaben-Spuren im Bundeshaushalt hinterlassen. Insgesamt werden die Interventionen der GroKo in der Rentenpolitik hohe Milliarden-Beträge erfordern – zu schultern von den Bürgern und Betrieben.

Bund der Steuerzahler Deutschland e.V.
Rückfragen unter Tel. 030 /25 93 96 0